Deutscher Bundestag **Drucksache 16/586**

16. Wahlperiode 08. 02. 2006

Antrag

der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus, Dr. Werner Hoyer, Christian Ahrendt, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Den Südsudan beim Wiederaufbau unterstützen und vor AIDS bewahren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 9. Januar 2005 haben die Regierungspartei National Congress Party (NCP) durch den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan Ahmad Al-Baschir und die südsudanesische Sudan People’s Liberation Movement (SPLM) durch den damaligen Anführer John Garang ein Friedensabkommen unterzeichnet. Dies sollte den über zwanzigjährigen Bürgerkrieg zwischen der Regierung und den Rebellen endlich beenden.

Der Friedensvertrag war zunächst viel versprechend: Offiziell sollten sich die Regierungspartei National Congress Party (NCP) und die südsudanesische Sudan People’s Liberation Movement (SPLM) die Macht in Khartum ebenso teilen wie die Öleinnahmen. Dem Süden war zudem zugesichert worden, nach einer Übergangszeit von sechs Jahren per Referendum für oder gegen den Verbleib in der Republik Sudan abstimmen zu dürfen.

Leider sieht sich der Südsudan ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages mit vielen Problemen konfrontiert. Die Menschen haben lange gelitten und müssen nun von vorne beginnen und die Region neu aufbauen. Dies bedeutet, dass zunächst die vordringlichste Aufgabe der südsudanesischen Regionalregierung, nämlich die zerstörte Infrastruktur wieder aufzubauen, bewältigt werden muss. Es fehlt an Wasser, Nahrung und Medizin. Die hygienischen Bedingungen sind katastrophal – in den meisten Dörfern gibt es bis heute weder fließendes Wasser noch ausreichend Nahrungsmittel.

Zusätzlich sieht sich die südsudanesische Regionalregierung konfrontiert mit zahlreichen aus Khartum und anderen benachbarten Ländern und Regionen nach Süden zurückkehrenden Bürgerkriegsflüchtlingen. Diese müssen beherbergt und

reintegriert werden. Mindestens vier Millionen Südsudanesen, so die Schätzungen, sind im Bürgerkrieg nach Norden oder ins benachbarte Ausland geflohen – diese kehren nun zurück in ihre Heimat zu Familien und Angehörigen.

Dadurch entstehen viele Probleme. Der Südsudan war aufgrund seiner kriegsbedingten Isolation eine der wenigen Regionen in Afrika, in denen sich der HI-Virus noch nicht so stark verbreiten konnte wie in vielen der anderen afrikanischen Staaten. Durch die zurückkehrenden Soldaten, Binnenflüchtlinge und Flüchtlinge aus den angrenzenden Ländern sowie den sich entwickelnden Handel ist von einem starken Anstieg der HIV-Infektionen in den nächsten Jahren auszugehen. Dem muss frühzeitig Einhalt geboten werden.

Der Südsudan muss in seiner Wiederaufbauphase unterstützt werden. Deutschland hat den Sudan, auch aufgrund seiner bisherigen Bürgerkriegssituation, bisher zu Recht lediglich als Kooperationsland in der Entwicklungszusammenarbeit eingestuft. Die Bundesregierung hat aber angekündigt, sich im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit an dem Multi Donor Trust Fund für den Südsudan zu beteiligen.

Der deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich, wie bereits angekündigt, aus Mitteln der Finanziellen Zusammenarbeit an dem Multi Donor Trust Fund für den Südsudan zu beteiligen;
2. im Rahmen der Einwirkungsmöglichkeiten beim Multi Donor Trust Fund verstärkt auf Projekte der AIDS-Prävention im Südsudan hinzuwirken;
3. sich für die Einrichtung einer internationalen Vermittlungsstelle im Sudan einzusetzen, die auf die Einhaltung des Friedensvertrages achtet und hilft, strittige Fragen zu klären.

Berlin, den 7. Februar 2006

Dr. Karl Addicks
Hellmut Königshaus
Dr. Werner Hoyer
Christian Ahrendt
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Elke Hoff
Gudrun Kopp
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Michael Link (Heilbronn)
Markus Löning
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Marina Schuster
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333